

# Offen ins Lager der kalten Krieger geschwenkt

Gedanken zum 41. Jahrestag der Novemberrevolution

Im letzten Zirkelabend des Parteijahres tauchte in der Diskussion die Frage auf, ob nicht gewisse Parallelen in der Haltung der rechten sozialdemokratischen Führer heute in Westdeutschland zu der Politik ihrer Vorgänger im Parteivorstand der SPD während der Novemberrevolution und in den Jahren der Weimarer Republik beständen? Eine solche Frage drängt sich um so mehr auf, da heute, 41 Jahre später, in Westdeutschland noch Aufgaben ihrer Lösung harren, die bereits vor der Novemberrevolution standen, und in diesen Tagen der sozialdemokratische Parteivorstand dem Außerordentlichen Parteitag der SPD in Bad Godesberg den Entwurf eines Grundsatzprogramms vorlegte.

## 1918 — die werktätigen Massen für die Revolution

Die Novemberrevolution war bekanntlich das Ergebnis der äußersten Zuspitzung der Widersprüche des imperialistischen Deutschland am Ende des ersten Weltkrieges. Die werktätigen Massen waren nicht länger gewillt, das Joch des junkerlich-bourgeois Imperialismus zu tragen. Der revolutionäre Sturm der Arbeiter und Bauern legte die Monarchie hinweg. Die Novemberrevolution wurde zur bis dahin größten revolutionären Massenbewegung in der deutschen Geschichte (seit dem Bauernkrieg). Die Reaktion war in den ersten Tagen der Revolution nicht in der Lage, ihr ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen.

## Bündnis zwischen Opportunismus und Militarismus

Wie verhielten sich in dieser Situation die opportunistischen Führer der

SPD, der USPD und der Gewerkschaften? Sie hielten, um mit Ebert, dem Vorsitzenden des Rates der Volksbeauftragten zu sprechen, nichts so sehr wie die Revolution. Dennoch stellten sie sich an deren Spitze, aber nicht um sie zu führen, sondern um sie zu ersticken — und sei es im Blüthen der Revolutionäre. Eine der ersten Maßnahmen Eberts als Regierungschef war, sich mit dem alten kaiserlichen Hauptquartier in Verbindung zu setzen und Maßnahmen zur Niederschlagung der Revolution zu beraten. Während die Arbeiter, auch jene, die noch den opportunistischen Führern Glauben schenkten, nicht nur Maßnahmen allgemein-demokratischen, sondern auch sozialistischen Charakters forderten, nahmen die rechten Führer die Verbindung zu den Vertretern des Monopolkapitals auf. Den Arbeitern versicherten sie jedoch, daß sie für den Sozialismus und gegen den Kapitalismus seien, aber der „russische“ Weg für Deutschland nicht in Frage käme.

41 Jahre später äußert sich Herr Eichler vom SPD-Parteivorstand in dem westdeutschen Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Wir stehen mit unseren Zielen und Aufgaben zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Welt.“ Das ist eine Lüge. Im „Grundsatzprogramm“ bekennen sie sich zum Staat der Monopole und Militaristen und hetzen gegen den Kommunismus. In einer Erläuterung des „Grundsatzprogramms“ im sozialdemokratischen „Vorwärts“ vom 23. Oktober 1959 schrieb Eiler, einer der Mitverfasser dieses „Programms“: „Trotz aller zutage tretenden Schwächen ist die Bundesrepublik Deutschland ein demokratischer Staat... Auch als Opposition im Bund trägt sie (die SPD) dem Staat mit und hat wesentliches zu seiner inneren Ausgestaltung beigetragen... Wenn die Sozialisten in allen Demokratien um den Staat und nicht gegen ihn kämpfen, dann gilt das auch für

die Bundesrepublik Deutschland.“ Das ist kein Reformismus mehr, sondern die Zustimmung zu der klerikal-militaristischen Diktatur im Bonner Unrechtsstaat.

1918 erklärten die Ebert und Scheidemann demagogisch, die Revolution habe gesiegt, der Sozialismus marschiere, Gefahr, Chaos und Verwirrung drohe nur von den Spartakisten. Die Opportunisten von 1918/19 waren für die Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital, für einen „demokratischen“ Sozialismus, der sich innerhalb der bürgerlichen Demokratie von Weimar verwirklichen sollte. Sie schlossen das Bündnis von Opportunismus und Militarismus zur blutigen Niederschlagung der revolutionären Arbeiter und Soldaten. Die reformistischen Gewerkschaftsführer schlossen mit den Unternehmerverbänden den Vertrag über die „Arbeitsgemeinschaft“ ab, der von letzteren so lange aufrechterhalten wurde, bis sie sich stark genug fühlten, den Herr-im-Haus-Standpunkt wieder durchzusetzen.

Dieser Weg führte über Inflation, Rationalisierung, zeitweilige Konjunktur, Wirtschaftskrise und Aufrüstung zum zweiten Weltkrieg. Das war der Weg der Restauration der imperialistischen Macht, der zunehmenden Verklärung der Arbeiterklasse und der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges. Die geschichtliche Erfahrung lehrt: Es gibt keinen drittem Weg. Wer sich nicht auf die Seite der werktätigen Volkes stellt, unterstützt die Feinde der Werktätigen und damit die Feinde des Friedens.

## Wir beherzigen die Lehren

Heute sind 41 Jahre seit der Novemberrevolution und fast 15 Jahre seit der Zerschlagung des Hitlerfaschismus vergangen. „Der welthistorische Sieg der Sowjetunion und der mit ihr in der Anti-Hitler-Koalition verbündeten Völker über den Hitlerfaschismus gab dem ganzen deutschen Volk die Möglichkeit einer geschichtlichen Wende zu einer friedlichen und demokratischen Entwicklung.“ (Entwurf eines Beschlusses der Parteikonferenz der KPD, ND vom 8. November 1959). 1945 bestanden in ganz Deutschland günstige Voraussetzungen zur Lösung der nationalen Lebensfrage unseres Volkes, zur Überwindung des deutschen Militarismus und Imperialismus. Im Osten Deutschlands wurden die Lehren aus der Novemberrevolution gezogen und beherzigt. Unter der Führung der gesamten Arbeiterklasse, an ihrer Spitze die SED als marxistisch-leninistische Kampfpartei, vollbrachten die werktätigen Massen die größte revolutionäre Umgestaltung der Deutschen Geschichte, liquidierten Militarismus und Imperialismus und stehen heute in der Periode des entfalteten sozialistischen Aufbaus. Damit erfüllen wir in der Deutschen Demokratischen Republik das Vermächtnis der Kämpfer der Novemberrevolution.

Anders in Westdeutschland. Den rechten sozialdemokratischen Führern gelang es, unterstützt durch die imperialistischen Besatzungsmächte, die Spaltung der Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten. Zur Irreführung der Ar-

beiterklasse und anderer werktätigen Schichten sprach die SPD-Führung unter Schumacher vom „Sozialismus als Tagesaufgabe“ und von einem „demokratischen“ Sozialismus, statt für die Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution, für die Entmachtung der Imperialisten und Militaristen einzutreten. Sie beschränkten erneut den Weg der Zusammenarbeit mit dem Monopolkapital, den Weg der Restauration des deutschen Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland, der zur Herausbildung der klerikal-militaristischen Diktatur führte. Schritt für Schritt gab die SPD-Führung die Förderungen preis, die den Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen dienten, um sie im „Grundsatzprogramm“ ganz aufzugeben.

## Die Zeit drängt

Immer offenkundiger wird die große Gefahr, die der Bonner Staat der Militaristen und Imperialisten für das deutsche Volk und die ganze Welt darstellt. Ist es da nicht an der Zeit, aus der Novemberrevolution und aus der Entwicklung nach 1945 endlich auch von seiten der SPD Schlussfolgerungen zu ziehen? Beide Male erwies sich der von der rechten SPD-Führung propagierte Weg als Weg der Restauration der imperialistischen Herrschaft. Das erste Mal endete er im Faschismus, das zweite Mal ist er bei der klerikal-militaristischen Diktatur angelangt.

Die Zeit drängt, den Mördern in den Arm zu fallen. Die SPD als einzige legale Arbeiterpartei in Westdeutschland trägt dabei eine große Verantwortung. „Jetzt muß man alle Kräfte vereinen, jetzt muß man jede Spaltung überwinden, jetzt gilt es, die geschlossene Einheit aller friedliebenden Menschen herzustellen.“ (Entwurf eines Beschlusses zur Parteikonferenz der KPD). Nur so und in der gemeinsamen Front mit der Deutschen Demokratischen Republik kann der deutsche Militarismus gebündigt und ein Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten, der den Brandherd Westberlin beseitigt und günstige Voraussetzungen für die Bildung eines gesamtdeutschen Rates auf dem Wege zu einer deutschen Konföderation schaffen würde, erreicht werden. Diese Erkenntnis erfaßt immer breitere Kreise der westdeutschen Bevölkerung.

## Programm der Grundsatzlosigkeit

Das „Grundsatzprogramm“ der SPD aber gibt keine Antwort auf die Lebensfragen unserer Nation, orientiert nicht auf den Kampf gegen Imperialismus und Militarismus. Es enthält zwar die Erklärung für den Frieden einzutreten, bejaht aber ausdrücklich die „Landesverteidigung“, die „Verteidigung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ und hetzt in überlebensartiger Weise gegen die

## Unser neuer Prorektor für Marxismus-Leninismus



Prof. Dr. Lothar Mosler, Direktor des Franz-Mehring-Instituts und Vorsitzender der Senatskommission für die Verbindung mit der Praxis.

sozialistischen Staaten. Damit charakterisieren sich die rechten Führer selbst als „kalte Krieger“ und setzen sich über die Meinung der Masse der Mitglieder und Anhänger der SPD brüsk hinweg.

Das „Grundsatzprogramm“ beweist nicht nur, daß die rechte SPD-Führung nichts aus der Geschichte lernen will, sondern daß sie alle Grundsätze einer sozialistischen Politik verraten hat. Es ist der Gipfel der Grundsatzlosigkeit.

Aber die Brandt, Eiler, Eichler, Mommer, Deist usw. sind nicht die Masse der Mitglieder der SPD. Die Erfolge des sozialistischen Aufbaus in unserer Republik werden dazu beitragen, den einfachen Mitgliedern der Sozialdemokratie — und nicht nur ihnen — die Augen zu öffnen, daß der Weg der rechten Führer der SPD nicht ihr Weg sein kann. An ihnen liegt es, einen Kurswechsel in der SPD zu erzwingen. Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe in den nächsten Jahren und die Erfüllung der Aufgaben unserer Siebenjahrespläne sind von großer Bedeutung für die weitere Entwicklung, für den Sieg aller friedliebenden und demokratischen Kräfte über Imperialismus und Militarismus, für die Herstellung demokratischer Verhältnisse in Westdeutschland. In Westdeutschland erkennen bereits heute immer mehr Menschen, daß die Deutsche Demokratische Republik unter der Führung der Arbeiterklasse eine wahrhaft nationale Politik betreibt, daß sie der Hort des Friedens und der Retter der deutschen Nation ist.

Walter Sandring

## Unsere Filmdiskussion:

# Ein Menschenschicksal mahnt uns

### Menschliche Regung?

Mich hat der Film tief erschüttert und in meiner Auffassung bestärkt, daß die Menschheit nur dann in Frieden leben kann, wenn die Anstifter des letzten und die Provokateure eines neuen Krieges für alle Zeiten festgesetzt werden. Unverständlich bleibt mir jedoch, was die Filmschöpfer dazu bewogen hat, der SS-Bestie Müller einen menschlichen Zug zu verleihen: Weshalb schenkte Müller plötzlich Sokolow das Leben, hatten die Faschisten tatsächlich Respekt vor einem tapferen russischen Soldaten? Ich will einer Schwarz-Weiß-Materie nicht das Wort reden, aber diese Szene verwirrt zumindest. Dietmar Bernreuther

## Unterschiede in der Zielsetzung

Wir haben in der Vorlesung Historischer Materialismus über die Rassenhetze und den Neofaschismus in der Westzone gehört. — Nun sehen wir dieselben Leute, die heute die abendländische Kultur, die „geistige Überlegenheit“ des Westens predigen, im braunen Gewand, als Peiniger des „Ruasi“ Sokolow. Neben uns sitzt unser Gast aus den VEB Förderanlagen, Kollege Schimmrich. Er denkt an die Erzählungen der älteren Kollegen, an das von Bonn geplante Verbot der VVN. Wir vergleichen immer wieder: damals — heute. So steht dieses Thema dann auch im Mittelpunkt unseres Gesprächs über „Ein Menschenschicksal“.

Zuerst geht es um die Absicht des Filma. Was berührt uns so stark? Warum wird der Film nicht im Westen gespielt? Als dann einer den Vergleich mit „Die Kraniche ziehen“ bringt, gehen die Meinungen auseinander. Allmählich wird klar: Die Unterschiede in der Zielsetzung sind es, die uns auffallen. „Ein Menschenschicksal“ — die Geschichte des Sowjetlandes, das Wesen des faschistischen Krieges, des Faschismus überhaupt, eingeschätzt von dem Sowjetmenschen Sokolow. „Die Kraniche“: Eine Anklage gegen den Krieg, der die Familien zerstört.

Ein Werturteil zwischen beiden Filmen fällt mir nicht. Beide Filme sind notwendig, vermitteln Erkenntnisse, aber sie fordern verschiedene Entscheidungen. Besser: Die Konsequenzen gehen verschieden weit. „Die Kraniche ziehen“: Nie wieder! Nie wieder faschistischer Krieg! „Ein Menschenschicksal“: Schuldig ist der Faschismus, sind die Oberländer und Speidel. Wir müssen handeln.

Friedel Schumann, Studentin an der Fakultät für Journalistik

## Meisterhafte Kamera

Ich schätze sowjetische Filme sehr. Sie gefallen mir wegen ihrer offenen humanistischen Aussage, und ich bin froh, daß besonders in den letzten Jahren auch die künstlerische Gestaltung ein ständig höheres Niveau erreicht. Zu den Meisterwerken zählen ohne Zweifel „Die Kraniche ziehen“ und „Ein Menschenschicksal“.

han“ und „Ein Menschenschicksal“. Obwohl der letzte Film deutlicher sein Anliegen vermittelt, halte ich beide Filme für gleich beeindruckend und aufregend. Wie in den „Kranichen“ nun auch im „Ein Menschenschicksal“: Die Kamera spürt die tiefsten Empfindungen im Menschen auf, zieht uns mitten ins Geschehen und zwingt uns zur Parteilichkeit für die Friedenskräfte. Ingrid Löffler, med.-techn. Assistentin

## Wie das ganze Sowjetvolk

Der unerschrockene Kampf des Sowjetbürgers Sokolow gegen den Faschismus ist charakteristisch für den Kampf des gesamten sowjetischen Volkes im Vaterländischen Krieg. In den schwersten Situationen verzweifelt er nicht, sondern erweist sich als wahrhafter Mensch. Der Film mahnt uns, wachsam zu sein und aktiv gegen den in Westdeutschland wiedererstandenen Militarismus zu kämpfen. Fritz Mauer, Angestellter

## Auch unsere ausländischen Freunde sagen:

# Sahara darf keine Wüste des Todes werden

## Kalter Krieg im Raketenzeitalter Wahnsinn

Als im Juli 1959 Frankreich in Tananarive seinen Plan über die Erprobung einer Atombombe in der Sahara ankündigte, erhoben sich Tausende von Stimmen aus allen Teilen Afrikas gegen dieses verbrecherische und unmenschliche Ansehen. In Accra und in Lagos zogen unzählige Demonstranten zu den französischen Vertretungen. Die Jugend Ghanas entschloß sich, die französischen Waren zu boykottieren, während die Regierung Nigerias unter dem Druck der Gewerkschaften in Paris protestierte. Die Arbeiterklasse und die afrikanische Jugend organisierten überall Versammlungen, so in Guinea, in Ghana, im Sudan, in Senegal, in Dahomé, in Camerun usw. und schickten von allen Enden Afrikas Protestresolutionen an die französische Regierung.

Die von der zwischenstaatlichen Konferenz der Regierungschefs Guineas, Ghanas und Liberias angenommene Resolution bestätigend, verurteilte die in Monrovia abgehaltene Konferenz der neuen unabhängigen Staaten Afrikas, die von der Provisorischen Regierung der Republik Algerien unterstützt wurde, den Plan der französischen Imperialisten, ein atomares Experiment in der Sahara durchzuführen.

Die Beschwerde Marokkos bei der UNO hat bereits die Unterstützung der asiatisch-afrikanischen Staaten und der Volksdemokratien gefunden. In dem Moment, da die Vereinten Nationen sich anschickten, den Plan Chruschtschows über eine allgemeine und vollständige Abrüstung zu diskutieren, den selbst die amerikanischen und englischen Imperialisten nicht zurückzustoßen wagten, darf

man den Versuch Frankreichs nicht gestatten, in einem fremden Land zu provozieren und eine Zerstörung großen Ausmaßes vorzubereiten.

Hoffen wir, daß de Gaulle und seine Komplizen, seine imperialistischen Verbündeten der NATO, vom Europäischen Markt und vom Euratom anläßlich der bevorstehenden Reise Ministerpräsident Chruschtschows nach Paris endlich begreifen werden, daß im Zeitalter der kosmischen Raketen die Epoche des kalten Krieges endgültig vorbei ist. Es ist Zeit für eine allgemeine und vollständige Abrüstung und für die friedliche Nutzung der Atomenergie zum Wohle der Werktätigen. Die Imperialisten können die Werktätigen nicht schrecken und ihre Stimme nicht unterdrücken. Algerien,

Kamerun, der Kongo, Uganda, Kenia, Njassaland, alle Länder Afrikas werden frei und vereint sein. So will es die Gesetzmäßigkeit der Geschichte, so will es der Entschluß der Afrikaner.

Touré, Student aus Guinea

## Deutsche Militaristen mitschuldig

Die geplanten Atombombenversuche in der Sahara sind sehr gefährlich für alle Afrikaner im besonderen und für den Weltfrieden im allgemeinen. Solche Experimente können die gleichen Ergebnisse herbeiführen wie in Hiroshima. Vom geologischen Standpunkt gesehen, besteht die Gefahr, daß die Sahara

und die umliegenden Länder radioaktiv verseucht werden, was eine Zerstörung des Kontinents verursachen und die gegenwärtige Beschaffenheit der Ozeane, die augenblicklich die ganze Welt beeinflussen, verändern könnten. Daher protestieren alle friedliebenden Völker gegen diese Absicht, wie auch gegen die allgemeine atomare Bewaffnung in der Welt.

Wir erinnern uns an den Besuch Chruschtschows in Amerika und denken an die Anstrengungen des erfolgreichsten Landes in der Atomforschung — der Sowjetunion —, auf dem Weg zum Weltfrieden voranzuschreiten.

Der angekündigte Atomwaffenversuch in der Sahara wird ein französisches Experiment genannt. Aber wir sollten wissen, daß hinter den Entscheidungen de Gaulles die westdeutschen Imperialisten und ihr Kapital stehen. Die deutschen Imperialisten wollen an dieser Aktion teilnehmen. Sie machen sich deshalb mitschuldig. Von Westdeutschland geht zur Zeit eine ernsthafte Gefahr für den Weltfrieden aus. Es ist klar, daß diese Kräfte eine Gipfelkonferenz so lange wie möglich hinausschieben möchten, um die Möglichkeit zu haben, ihren verbrecherischen Plan zu verfolgen. Wir Afrikaner protestieren mit all unserer Kraft gegen dieses unmenschliche Vorhaben, das Frankreich und Westdeutschland verfolgen. Wir verlangen von der UNO und den großen Staaten und bitten die friedliebende Menschheit, dieser Sache besondere Aufmerksamkeit zu widmen, um der Sache des Friedens und der Menschlichkeit willen.

Murad Hanna, Student aus dem Sudan



Meeting im Institut für Ausländerstudium:

Wir fordern Unabhängigkeit für alle kolonialen und ausgebeuteten Länder!